

Rote Karte für STRABS

Jetzt geht's los

STRABS ist für uns – und für die Mehrheit in Bayern:

unsozial - und kann Menschen in den wirtschaftlichen Ruin führen
ungerecht – Anlieger an höherrangigen Straßen zahlen keinen Beitrag
willkürlich - die Kriterien für die Gebühren sind nicht nachvollziehbar
unnötig - die Einnahmen Bayerns steigen und die Zuweisungen reichen nicht
regional unausgeglichen - arme Regionen zahlen, wohlhabende Regionen nicht

Straßen sind ein Gemeingut, kommunaler Straßenbau ist seit eh und je eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und nicht der Anlieger - und so soll es auch bleiben. Plädieren und stimmen Sie für die **Rote Karte für STRABS**. Erheben Sie Ihre Stimme gegen STRABS - unterschreiben Sie für ein Volksbegehren. Das sind wir uns und unseren Kindern schuldig.

Es gibt Stimmen, die sehen das anders. Urteilen Sie selbst !

Eine Stimme aus der CSU

Ich nehme an, Sie selbst besitzen ein Haus (oder mehrere) und wollen, dass alle Steuerzahler für Ihre Erschließungsstraße und deren Unterhalt blechen. Warum eigentlich? Das ist blanker Egoismus! (Erwin Huber MdL, CSU an unsere Bürgerinitiative)

Eine Stimme aus der SPD

Die Allgemeinheit dürfe nicht für die Straßenausbauten von Villenbesitzern zahlen (Klaus Adelt MdL, SPD zitiert nach der SZ vom 28.11.17)

Eine Stimme von den Grünen

Wer profitiere, müsse auch mitzahlen (Jürgen Mistol MdL, Grüne, zitiert nach der SZ vom 28.11.17)

Die **FDP Bayern** ist geschlossen für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. Bereits im Mai 2015 beschloss der Landespartei tag, Artikel. 5 Abs. 1 Satz 3 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) **ersatzlos** zu **streichen**. Daran hat sich nichts geändert. Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen brauchen dringend Planungssicherheit.

Baubeiträge für den Straßenausbau sind ungerecht, konfliktbehaftet und verursachen in den Kommunen einen erheblichen Aufwand. Und der politische Ärger ist vorprogrammiert. Unser Gesetzentwurf wollte das ungerechte System abschaffen, aber das wurde abgelehnt. Leider hat die CSU den Schuss nicht gehört. Wir sehen uns nun gezwungen, ein **Volksbegehren** anzustrengen, so **Hubert Aiwanger, der Landesvorsitzende der FREIEN WÄHLER**.

"Die **ÖDP lehnt** die vom Landtag beschlossene Verpflichtung der Städte und Gemeinden zur Erhebung von **Straßenausbaubeiträgen ab**. Straßenausbaubeiträge sind nicht verursacher-gerecht, führen zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand und in vielen Fällen zu gravierenden finanziellen Härten (Beiträge von mehreren Zigtausend Euro). Der Erhalt und der Ausbau von Innerortsstraßen sind aus dem allgemeinen Steuerhaushalt zu finanzieren."

von unseren Weißenburger Kollegen
zur Versammlung am 30.11.17